

Stadt bekommt ersten Gegenwind zu spüren

FDP kritisiert unzureichende Informationspolitik zur Windenergie

Der Windpark bei Schillerslage könnte nach einem der Stadt Burgdorf vorliegenden Gutachten deutlich ausgebaut werden: Dann drehten sich dort mehr und vor allem sehr viel höhere Windräder. Dege

Der Rat der Stadt wird sich mit der Windenergie und den dafür im Stadtgebiet vorgesehenen Flächen für Windräder doch erst im März wieder befassen. Der Bauausschuss des Rates wird das Thema in einer öffentlichen Sitzung am Dienstag, 17. März, behandeln.

VON JOACHIM DEGE

BURGDORF. Nach Darstellung von Bau- und Umweltamtsleiter Robert Lehmann brauche die Stadt bis dahin Zeit, um sich zunächst mit der Region Hannover abzustimmen. Die auf der Basis eines vorliegenden Gutachtens erstellte Karte mit den sogenannten Potenzialflächen, welche die Stadt inzwischen auf ihre Internetseite gestellt hat, stelle nur einen Zwischenstand dar, so Lehmann.

Derweil hat sich nach Aussage von Michael Fleischmann, Regionsabgeordneter und Ratsherr der Partei Die Linke, nun auch der Vorstand von Burgdorfs FDP-Ortsverband kritisch zum Vorgehen

der Stadt zu Wort gemeldet. Diese hatte den Bauausschuss in der jüngsten Sitzung hinter verschlossenen Türen über das Thema Windenergie diskutieren lassen.

Die Liberalen Mario Gawlik und Dieter Lüddecke fordern in einer gemeinsam unterschriebenen Erklärung zur Windenergie mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Sie verlangen angesichts der mehr als 200 Meter hohen Windräder, die gebaut werden sollen, größere Abstände zur Wohnbebauung als bisher vorgesehen. Und sie kritisieren Beschränkungen für die Stadtentwicklung, falls neue Windparks, etwa am Burgdorfer Holz, gebaut würden.

Gawlik und Lüddecke sehen sowohl die Regions- als auch die Stadtverwaltung in der Pflicht, die Bürger mit Informationen zu versorgen. Etwa darüber, nach welchen Kriterien die Vorrangflächen gefunden worden seien. Diese Informationen werde FDP-Ratsherr Karl-Ludwig Schrader auch in den

Ratsgremien einfordern, kündigte Lüddecke an.

Weil von Region und Stadt bislang keine Informationen herausgegeben werden, will die FDP im Frühjahr selbst zu einer Veranstaltung einladen. Dort soll der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Gero Hocker, die Rechtsgrundlagen für den geplanten Ausbau der Windenergie darlegen. Die FDP erwägt, noch andere Fachleute einzuladen.

Eine weitere Forderung der FDP betrifft die Abstände der Windräder zur Wohnbebauung. Im Entwurf zum neuen Windenergieerlass der Landesregierung ist von 400 Metern die Rede. Die Stadt Burgdorf geht von 800 Metern aus. Die FDP fordert 1500 Meter. „Wir stehen zur Energiewende. Aber sie muss für die Menschen erträglich sein“, sagt Lüddecke.

Gawlik wünscht sich, dass die Diskussion über die Windenergie mit der über den Ausbau des Güterschienenverkehrs (Y-Trasse) und über die Stromautobahn Süd-



SCHILLERSLAGE Ortsrat fordert Auskünfte ein

Auskünfte zu den Plänen, Windkraftanlagen auf Burgdorfer Stadtgebiet und vor allem nördlich von Schillerslage auszubauen, hat Ortsbürgermeister Manfred Dunker für sein Dorf in der Sitzung des Ortsrates am Donnerstagabend eingefordert. Dunker wünscht sich, dass die Bauverwaltung im Rathaus bis zur nächsten Sitzung am 7. Mai eine Vorlage erarbeitet. Diese solle belastbare Aussagen insbesondere zur Höhe der neuen Windräder und zu deren Entfernung zu Wohnhäusern enthalten. Bürgermeister Alfred Baxmann sagte diese Informationen

zu. Der Verwaltungschef rechtefertigte in der Sitzung, weshalb die Stadt ein Gutachten zur Identifizierung geeigneter Flächen zur Windstromproduktion in Auftrag gegeben hat, auf dessen Basis jetzt Gespräche mit der Region Hannover geführt werden sollen. Die Stadt wolle sich nicht der Willkür der sogenannten Projektierer und Windparkbetreiber aussetzen, sondern im eigenen Interesse steuern, wo Windräder stehen dürfen. Nur so fänden die Belastungen für Mensch und Natur ausreichend Berücksichtigung bei der Gestaltung der Energiewende. jod

link verknüpft wird. Von allen drei Planungen hänge ab, ob sich die Stadt so entwickeln könne, wie es

das integrierte Stadtentwicklungskonzept vorsieht, ist Gawlik der Auffassung.